Nr 17 — 29. Jahr. — Donnerstag, 22 Jan. 1920

Geschäftsstelle und Redaktion: Dresden-A. 16, Holbeinstraße 46

Fernsprecher 21 306
Postscheckkonto Leipzig Nr. 14 797

Sächsische Volkszeitung

Bezugspreis: Vierteljährlich in der Geschäftsstelle oder von der Post abgeholt Ausgabe A mit illustr. Beilage 6.90 M. Ausgabe B 6.45 M. In Dresden und ganz Deutschland frei Haus Ausgabe A 7.35 M, Ausgabe B 6.90 M. — Die Sächsische Volkszeitung erscheint an allen Wochentagen nachm. — Sprechstunde der Redaktion: 11 bis 12 Uhr vorm.

Anzeigen: Annahme von Geschäftsanzeigen bis 10 Uhr, von Familienanzeigen bis 11 Uhr vorm. — Preis für die Petit-Spaltzeile 90 ₰, im Reklameteil 2.50 M. Familien-Anzeigen 80 ₰. — Für undeutlich geschriebene sowie durch Fernsprecher aufgegebene Anzeigen können wir die Verantwortlichkeit für die Richtigkeit des Textes nicht übernehmen.

Der Reichsparteitag des Zentrums

Parteiorganisation und Presse

Dritter Tag des Parteitages

Von unserem besonderen Vertreter

Um grundlegende Fragen entwickelte sich in den Mittwochsverhandlungen des Reichsparteitages der Deutschen Zentrumspartei im Anschluß an ein ausgezeichnetes Referat des Abg. Dr. Brauns eine ausgiebige und auch ergiebige Debatte. Dr. Brauns sprach über das Thema „Parteiorganisation und Presse".

Die ausgezeichneten Darlegungen des Redners fanden lebhaften Widerhall. Die im einzelnen aufgeworfenen Probleme gaben Gelegenheit zu einem regen Gedankenaustausch. Die Werbearbeit der Zentrumspartei, die Organisation der Partei im einzelnen und ihr örtlicher und provinzialer Aufbau, die Bereitstellung aber auch der finanziellen Mittel für die Parteiorganisation und schließlich das Verhältnis von Partei und Presse und eine Verstärkung des Wirkens und des Einflusses der Zentrumspresse selber, boten eine Fülle von Material, das von den Diskussionsrednern gründlicher Erörterungen unterzogen wurde. Ein Redner beklagte den Umstand, daß die Werbearbeit der Zentrumspartei vielfach ungenügend sei. Er konnte dabei auf die rührige Propaganda der Deutschnationalen Volkspartei hinweisen, welche als Flugschrift Nr. 49 die von Helfferich im Prozeß Erzbergers gegen ihn beabsichtigte Rede zur Massenverbreitung ankündigte. Diese Rede war tatsächlich zur propagandistischen Verwendung in der Helfferich nahestehenden Presse und Parteiorganisationen sorgsam vorbereitet. Helfferich hat sich ja auch in dem Vortrag seiner Rede auch durch die Einwendungen des Vorsitzenden nicht behindern lassen. Es ist schon richtig, daß man aus der Entfaltung einer derartigen Propaganda schon etwas lernen kann, vor allem die Folgerung, daß wir aus einer unangebrachten Zurückhaltung öfters heraustreten müßten.

Eine besondere Aufmerksamkeit fand die Rede des Berliner Rechtsanwalts v. Rehbinder, der sich unter dem Beifall des Parteitages als evangelisches Mitglied der Zentrumspartei einführte und über den interkonfessionellen Charakter der Zentrumspartei sich verbreitete. Ein Zentrum als große Mittelpartei, die den Kern einer Regierung bilde, sei unbedingt notwendig. Die Zentrumspartei habe das Meisterwerk vollbracht, alle Stände in sich zu vereinigen. Der Redner plädiert aber dafür, daß auch mehr evangelische Abgeordnete in die Zentrumsfraktion gewählt werden müßten.

Abg. Gronowski-Dortmund trat dafür ein, daß bei der Aufstellung von Abgeordneten auch auf dem Lande darauf Bedacht genommen werden müsse, daß nur solche Persönlichkeiten gewählt werden, die auch in der Lage seien, die Zentrumspolitik in Wort und Schrift zu verteidigen.

Verleger Lensing-Dortmund bedauert die Stellungnahme der Zentrumsfraktion in Sachen der Inseratensteuer und der Ausdehnung des Betriebsrätegesetzes auf die Zeitungsbetriebe. Er gab den großen und durchaus berechtigten Sorgen Ausdruck, die gerade unsere Zentrumspresse angesichts der ungeheuerlichen und immer noch weiter zu erwartenden Preissteigerung bedrückt. Die Not der Presse ist ungeheuerlich, würde sie dazu führen, daß die Zentrumspresse in ihrer Existenz gefährdet würde, würden wir keine Zentrumspresse und kein Zentrumsleser mehr haben, dann könnte man auf dem Parteitag beraten, was man wolle, die Zentrumspartei würde in die Brüche gehen. Diese Ausführungen Lensings werden mit großer Zustimmung aufgenommen.

Dr. Hölle-Berlin verlangt, daß der Reichsparteitag eine klare Entscheidung der Frage treffen müsse, was mit der Jugend geschehen soll. Die Jugendschulung übernahmen bisher die Windthorst-Bunde, die Jugendorganisationen müßten aber wieder zusammengefaßt werden.

Geistlicher Rat Dr. Schofer-Freiburg berührte die Frage der Stellungnahme der Akademiker zur Zentrumspartei. Diese Darlegungen fanden einen besonderen Widerhall. Politische Arbeit gelte in den akademischen Kreisen vielfach nicht als fair, zumal wenn es sich um Arbeit für das Zentrum handele. Dazu sei aber den akademischen Kreisen die Hochschulbildung nicht vermittelt und nicht bezahlt worden, daß sie sich der Mitarbeit für das Volkswohl entziehen. Mit Biertischkritik werden derlei Aufgaben nicht erfüllt. Auch das Zentrum sei eine nationale Partei. Gerade in der Zeit der Not habe sich das glänzend erwiesen. Dr. Schofer tritt dafür ein, daß Akademiker auch in die Fraktion können, um diese arbeitsfähig zu erhalten und es ihr zu ermöglichen, in jedem Augenblick zu den auftauchenden Fragen Stellung zu nehmen.

Graf Praschma will eine klare Richtlinie für die Agitationstätigkeit, und er betont, daß die Parteisekretäre sich nicht lediglich auf Reden beschränken möchten.

Frau Abg. Philipp-Pforzheim legt die Stellungnahme der Frauen zur Parteiarbeit wie folgt dar: Wir erstreben keine parteipolitische Sonderorganisationen, wir wollen auch nicht für den Katholischen Frauenbund die parteipolitische Schulung in Anspruch nehmen, wohl aber kann die Partei nicht die gesamte staatsbürgerliche Schulung übernehmen und hier wollen die Frauen eingreifen.

Vertrauenskundgebung für Erzberger

(Eigener Drahtbericht der „Sächsischen Volkszeitung")

Berlin, 21. Januar. Der Parteitag hat heute abend einstimmig folgende Vertrauenskundgebung für Erzberger angenommen: In der geschlossenen Sitzung des Parteitages sind Anschuldigungen, welche die persönliche Ehre des Reichsfinanzministers berühren, nicht vorgebracht worden. Gewisse durch Tatsachenbeweise nicht erhärtete Angriffe politischer Gegner, müssen der Klärung durch das schwebende Gerichtsverfahren vorbehalten bleiben. Für den Parteitag lag darum kein Anlaß vor, dem Minister aus Gründen, die in seiner Person liegen, das Vertrauen zu versagen. Die Politik der Koalitionsregierung, und damit im wesentlichen auch die Politik Erzbergers, hat die Fraktion gutgeheißen. Es wird festgestellt, daß die Stellungnahme des Parteitages zur Politik der Fraktion erst am Schlusse der Verhandlungen erfolgt.

Dr. Höber-Köln bespricht die Frage der Presseausschüsse. Er schildert die Gefahren, welche örtliche Presseausschüsse haben müßten. Solche Ausschüsse müßten provinzial gebildet werden. Nicht mißtrauisches Ueberwachen der Presse, sondern verständnisvolles Zusammenarbeiten zwischen Partei und Presse sei notwendig.

Professor Mausbach wünscht einen besseren Nachwuchs unserer Führer und diese Frage wird noch des weiteren vielfach erörtert. Zur Frage der Stellung der Parteisekretäre innerhalb der Partei spricht Parteisekretär Schoeven-Köln, der auf die Führereigenschaft der Sekretäre in anderen Parteien hinweist. Abg. Dr. Brauns widerspricht der Meinung, daß die Parteisekretäre bei uns Führer sein sollen. Es ginge nicht an, daß der Parteisekretär seine Stellung als die Vorstufe zu einem Mandat betrachte. Chefredakteur Beyler-Beuthen lehnt alle örtlichen und provinzialen Presseausschüsse ab. Höchstens könne ein Presseausschuß in Frage kommen. Die Presse müsse ihre Freiheit und ihre freie Beweglichkeit haben, denn nur dann könne sie sich zum Nutzen der Partei entfalten. Oberlehrer Häffner-Kiel wünscht eine bessere Berücksichtigung der Diaspora bei der Propaganda. Auf bezügliche Anfragen anderer Redner teilt Abg. Brauns mit, daß die Frage der Windthorstbunde und ihres Verhältnisses zur Partei Gegenstand besonderer Verhandlungen beim nächsten Parteitag sein werden. Abg. Schlack wendet sich gegen die Ausführungen Lensings, daß durch Mitwirkung der Zentrumspartei der Presse durch die Anzeigensteuer die Existenz erschwert wird. Die Not der Presse werde nicht durch diese Steuer, die noch gar nicht wirksam geworden sei, bedingt, sondern durch die durch die allgemeine wirtschaftliche Lage hervorgerufenen Verhältnisse. Schlack schildert dann im einzelnen, warum das Zentrum auch dieser Anzeigensteuer zustimmte.

In der Aussprache über das Referat des Abg. Dr. Brauns nahm auch der sächsische Delegierte Rechtsanwalt Dr. Hille-Dresden das Wort, um verschiedene Wünsche und Organisationsfragen vorzubringen. Seine Mitteilungen über den Stand der Parteiorganisation in Sachsen wurden mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

Kurz vor 3 Uhr, nach beinahe sechsstündiger Sitzung wurde die Aussprache über dieses Thema geschlossen. Am Nachmittag erstattete Abg. Frl. Hed. Dransfeld das Referat über die Frau in der Zentrumspartei*), an welches sich ebenfalls eine lebhafte Aussprache knüpfte. Im Laufe des Nachmittags und am Abend fanden mehrere Sitzungen statt, in welchen Vertreter der Landwirtschaft und der Arbeiterschaft über Standes-, soziale und politisch-taktische Fragen sich aussprachen.

* * *

Dr. Braun über Parteiorganisation und Parteipresse

Träger der Staatsgewalt ist das Volk, so lautet der oberste Grundsatz jeder demokratischen Staatsverfassung, so bestimmt auch Artikel 1 unserer Reichsverfassung. Das Volk aber lebt politisch durch die Parteien. Infolgedessen kommt den politischen Parteien im neuen Deutschland eine weit größere Bedeutung zu, als im Deutschland der monarchischen Staatsverfassung. Parteipolitisch wirken heißt, pflichtgemäßen Dienst tun an der Volksgesamtheit und am Staate. Parteipolitisches Wirken ist darum nicht bloß nationale, sondern auch religiös-sittliche Pflichterfüllung.

Das wichtigste Mittel zur Kraftentfaltung ist die

Organisation der Partei.

Sie ist der Träger und Vermittler des gesamten parteipolitischen Lebens. Das Wesen der Organisation liegt aber nicht in der äußeren Organisationstechnik. Die Hauptsache ist, den Ideengehalt der Organisationen klar zu stellen, und daraus die grundsätzlichen und grundlegenden Forderungen für den äußeren Aufbau unserer Organisation zu ziehen.

Man hat dem Zentrum auch den Namen **Christliche Volkspartei** gegeben, weil es mehr als andere Parteien das religiös-sittliche Moment, wie es im Christentume so unvergleichlich und wirkungsvoll ausgeprägt ist, als Norm und Leitstern auch des politischen Lebens betrachtet, insoweit und in dem Sinne, wie es nach unserer christlichen Weltanschauung Gewissenspflicht ist. Daraus ergeben sich Folgerungen, nicht bloß für Ziele und Wege der Politik und Partei, sondern auch für ihre Organisationen.

Der politische Charakter der Partei

muß sich in der Organisation ebenfalls deutlich ausprägen. Die Zentrumspartei ist politisch in ihrer Zwecksetzung: Wir treten als Parteimitglieder zusammen, um die Interessen unseres deutschen Vaterlandes und seiner Bürger nach außen und nach innen und nach allen Richtungen in Reich, Land und Gemeinde zu wahren und zu pflegen. Wir tun das, fußend auf einer religiös-gläubigen Weltanschauung und rechnen darum auch die Pflege der Religion und eines Verhältnisses gegenseitiger Achtung und Förderung zwischen Staat und Kirche zu einer der wichtigsten Aufgaben unserer politischen Tätigkeit. Aber wir beschränken uns nicht auf diesen Zweig der Politik. Wir machen auch keine allgemeine Politik aus kirchenpolitischen Rücksichten, sondern um ihrer selbst willen. Jede politische Partei verlangt ein allgemeines politisches Programm und Uebereinstimmung ihrer Anhänger in allen wesentlichen Teilen dieses Programms. Es geht deshalb auch nicht an, irgendwelche konfessionelle Organisationen lokaler oder zentraler Art als Organisation der Partei zu betrachten und zu behandeln. Es kann auch keine Aufnahme von Vertretern solcher Organisationen in der Form von sogenannten „geborenen" Mitgliedern der Parteiorganisation geben. Es ist alte, wertvolle Windthorstsche Ueberlieferung, dieser politische Charakter der Zentrumspartei. An ihm festzuhalten, ist heute noch notwendiger als früher.

Welches Gesicht hat die Frage, wenn wir sie vom Standpunkte der **nationalen Notwendigkeiten** würdigen? Gerade dieser Standpunkt ist der entscheidende. Wir leben in einer Zeit der Auflösung der alten Staatsordnung und der alten Staatsautorität. Wir haben uns eine neue Verfassung gegeben. Aber sie ist der Bevölkerung noch lange nicht in Fleisch und Blut übergegangen. Viele machen eine Politik der Obstruktion gegen alles Neue und orientieren sich nach rückwärts. Auf diesen Wegen können wir nur dem Bürgerkrieg entgegentreiben. Wenn wir aus dem innerpolitischen Chaos einen Ausweg finden sollen, dann ist eine breite, große Wählermassen erfassende Mittelpartei unentbehrlich, eine Partei, die religiös-sittlich fundamentiert und orientiert und bereit ist, auf diesem Fundamente den demokratischen und sozialen Wiederaufbau Deutschlands durchzuführen. Radikalismus von links und Reaktion von rechts werden am besten paralisiert durch eine solche starke Mittelpartei, die den Kern der künftigen Regierungsparteien zu bilden hat. Was alle Stände in dieser religiös orientierten sozialen Mittelpartei einigen kann und muß, das sind neben den religiösen und allgemeinen politischen Idealen die unverkennbaren Zusammenhänge und Bedürfnisse unserer Volkswirtschaft. Die letzteren können und müssen Bauer und Städter, Unternehmer und Arbeiter unbedingt zu gemeinsamer Arbeit zusammenführen. Unsere Zentrumspartei ist sehr wohl in der Lage, sich diesem Gebote der Stunde anzupassen. Sie ist innerlich befähigt, die beschriebenen innern Notwendigkeiten zu erfüllen, wenn ihre Führer und Anhänger weitherzig und energisch, den Blick nach vorwärts gerichtet, dem deutschen Volke neue Wege zur innerpolitischen Gesundung weisen. Es wäre unverantwortlich, in der gegenwärtigen Lage unseres Vaterlandes diejenigen Elemente, die zum Wiederaufbau bereit sind, politisch weiter zu zersplittern, anstatt sie zu einheitlicher Arbeit für die Volksgesamtheit zusammenzuführen. Wer wollte es — ausgerechnet heute — auf sein Gewissen nehmen, durch konfessionellen Streit das politische Leben zu vergiften, oder Stadt und Land, Unternehmer und Arbeiter grundsätzlich in verschiedene Parteien zu sondern und dadurch in den politischen Krieg gegen einander zu führen? Das wäre ein Verbrechen an unserem Volke.

Einheitlich

muß die Parteiorganisation sein, einheitlich zunächst für das ganze Reich. Insoweit ist die Parteiorganisation eigentlich neu zu schaffen. Der alte Reichsausschuß war mehr eine föderative Zusammenfassung der Fraktionen und Parteiorganisationen in den einzelnen Ländern und Provinzen. Dabei dürfen wir nicht stehen bleiben. Die Erfahrungen der letzten Jahre haben das schlagend bewiesen. Auch die jüngste Episode in Bayern spricht dagegen und auch uns nicht irre machen. Wir werden sie überwinden, wenn unsere bayerischen Freunde in Bayern sie auch überwinden wollen. Unsere Partei muß im Osten wie im Westen, im Süden wie im Norden die gleiche Politik treiben. Dazu aber bedarf sie auch der einheitlichen Organisation. Die einheitliche Organisation im ganzen Reiche erfordert selbstverständlich einen gemeinsamen Vorstand, einen Reichsausschuß, ein Reichsparteisekretariat und den Anschluß aller Zentrumsabgeordneten des Reiches an die Reichsfraktion des Zentrums.

Die Einheitlichkeit der Organisation ist aber nicht bloß eine geographische, sie muß sich auch erstrecken auf die beiden Geschlechter und auf alle Berufe und Stände. Dem Bestreben, die neu ins politische Leben eintretende Frauenwelt für sich gesondert zu organisieren, darf bei unseren Parteimitgliedern nicht nachgegeben werden.

Auch alle Stände müssen in dieser einheitlichen Organisation zusammengefaßt werden.

Eine besondere Fürsorge und organisatorische Erfassung muß auch der Jugend der Zentrumspartei zuteil werden. Die Jugend will sich schon einer Partei anschließen, auch wo sie noch unberechtigt ist. Sie verlangt ferner eine besondere Art, auch der politischen Erfassung und Behandlung. Hier liegt eine organisatorische Spezialaufgabe vor. Sie zu erfüllen, ist der Windthorstbund berufen. Als Jugendorganisation hat er nach wie vor Berechtigung und Bedeutung, nur muß auch er sich in die Gesamtorganisation eingliedern und darf nicht über das gesteckte Ziel hinaussehen. Dem Geiste der Zeit entspricht ausschließlich **der demokratische Ausbau der Parteiorganisation**. Er muß beginnen bei der Parteiorganisation in den einzelnen Ortsgruppen durch die gleichmäßige Heranziehung aller Parteimitglieder zum Parteileben

*) Die Rede Dransfeld erscheint in der Beilage: Die Frau.